

Dipl.-Ing. Dietmar Deibele
Alte Trift 1
06 369 Trebbichau an der Fuhne

Internet: www.deibele-familie.de

Trebbichau an der Fuhne, 2005-01-30
vorab per Fax am: 30.01.2005



SKANDAL

Dipl.-Ingenieur D. Deibele, D 06 369 Trebbichau a. d. Fuhne, Alte Trift 1

Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Sachsen-Anhalt

z.Hd. Minister Dr. Horst Rehberger (persönlich)
Hasselbachstraße 4
39 104 Magdeburg
☎ (03 91) 567 - 42 90; Fax (03 91) 567 - 44 49
eMail: poststelle@mw.lsa-net.de

Wenn Unrecht zu Recht wird, nur:

- weil das Recht lang genug ignoriert wird,
- weil dem Recht lang genug mit Unrecht begegnet wird,
- weil es nicht üblich ist sein Recht ausdauernd einzufordern,
- weil es keine Möglichkeit zur Geltendmachung gibt bzw. diese nur zum Schein besteht,

dann hat Recht keine Bedeutung mehr. Ein derartiges Rechtsverständnis dient der Kaschierung von Gleichgültigkeit gegenüber dem Recht bzw. dient es gewolltem Unrecht unter dem Schein von „Recht“.

Unrecht wäre skrupellos kalkulierbar, was einer Gefährdung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gleichkommt (Gefahr der Anarchie). (siehe Grundgesetz Art. 20 „Grundlagen staatlicher Ordnung, Widerstandsrecht“)

6. Dienstaufsichtsbeschwerde in gleicher Sache (als offenes Schreiben)

hinsichtlich der sehr unzureichenden Bearbeitung durch Ihr Ministerium (**s e i t 1.171 Tagen**)

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Horst Rehberger und

alle BürgerInnen, insbesondere alle MitarbeiterInnen der zuständigen Behörde,

ich bitte Sie um Unterstützung der offensichtlich überforderten bisher zuständigen Mitarbeiter der genannten Behörde. Auf meine bisherigen Dienstaufsichtsbeschwerden in gleicher Sache vom 20.08.2002, 30.09.2002, 12.02.2003, 20.05.2003 und 11.01.2004 habe ich keine sachliche Antwort erhalten. Es wurde noch nicht einmal meiner Bitte nach den Regelungen für die Bearbeitungsfristen durch das Ministerium entsprochen. Zur Unterlegung der Aussagen verweise ich auf meine Internetadresse www.mobbingabsurd.com.

Ich fordere eine abschließende Bearbeitung der aufgeführten Sachverhalte bis zum 25.02.2005.

Sollte nachfolgende Vermutung das Verhalten der Behörde teilweise erklären:

Die Katholische Kirche ist ein Staat im Staat !?

Gelten für sie z.B. das „Grundgesetz“ (GG) und das „Bürgerliche Gesetzbuch“ (BGB) der BRD nicht? Der Staat hat seine Normen in Regelwerken (Worten) festgeschrieben. Bitte kommen Sie Ihren staatlichen Pflichten auch in der **Tat** nach (u.a. GG Artikel 1(1) bis (3), 3(1), 5(1), 20(1) bis (4)). Ich erlebe Sie wie folgt:

Demokratie

griechisch »Herrschaft des Volkes«

„Alle Handlungen des Staates müssen mit der Mehrheit des Volkswillens (Mehrheitsprinzip) sowie mit Verfassung und Gesetzen übereinstimmen (**Rechtsstaatsprinzip**).“

(© by F.A. BROCKHAUS GmbH, 2000, ISBN 3-7653-3641-6)

Rechtsstaatlichkeit

Gleichheit vor dem Gesetz Unschuldsvermutung Unantastbarkeit der Menschenwürde

freie Entfaltung der Persönlichkeit freie Vertragsgestaltung und Verbindlichkeit von Verträgen

Meinungsfreiheit **Widerstandsrecht**



© copyright
Dietmar Deibele

Mit freundlichen Grüßen

D. Deibele

Dipl.-Ing. Dietmar Deibele

Verteiler: u.a. Bundespräsident Köhler; Ministerpräsident Böhmer (Sachsen-Anhalt); Justizminister Becker (Sachsen-Anhalt); Bundesinnenminister Schily; Bundesjustizministerin Zypries; eine Veröffentlichung behalte ich mir vor

Jegliche Kommunikation mit den Mitmenschen ist ein stetes Geprägtwerden und Prägen infolge der Vorbildwirkung.

Welch ruinöse (verderbliche) Vorbildwirkung durch Ihr Ministerium.